

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christian Ahrendt, Dr. Max Stadler, Gisela Piltz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/11255 –**

### **Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen extremistischen Lagern in der Bundesrepublik Deutschland**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Zwischen den extremistischen Lagern in der Bundesrepublik Deutschland werden immer wieder Verknüpfungen beobachtet. Beispielsweise zeigten die Ausschreitungen in Hamburg am 1. Mai 2008, dass die Auflehnung gegen die Staatsgewalt zu einem neuen Konsens bei links- und rechtsextremistischen Gewalttätern führt. Auffallend ist der Umstand, dass Neonazis bei dieser Gelegenheit erstmals als „autonome Nationalisten“ aufgetreten sind, was eine strukturelle Annäherung an das linksextremistische Spektrum impliziert.

Daneben gibt es Antisemitismus und Antizionismus als Querschnittsthemen bei den rechts- und linksextremistischen sowie islamistischen Gruppierungen. Seit längerem wird beobachtet, dass Neonazis Kontakt zu Islamisten suchen. In einem Interview der „WELT ONLINE“ vom 7. Mai 2008 erklärte der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, dass es bereits vor Jahren Anzeichen in Deutschland für Kontakte zwischen Rechtsextremisten und Anhängern der Hisbollah gegeben hätte. Weiter äußerte er, dass es solche Versuche nach wie vor gebe, die von den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern aufmerksam verfolgt würden ([www.welt.de/politik/article1974450/Schaeuble\\_bietet\\_Holocaust\\_Leugnern\\_die\\_Stirn.html](http://www.welt.de/politik/article1974450/Schaeuble_bietet_Holocaust_Leugnern_die_Stirn.html)).

Dem Verfassungsschutzbericht 2007 (S. 117) ist zu entnehmen: „Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Holocaust-Konferenz in Teheran Ende 2006, die erstmalig geschichtsrevisionistische Rechtsextremisten und antizionistische Angehörige nahöstlicher Staaten zueinander führte, gibt es Befürchtungen, es könne – auf der Basis eines gemeinsamen Antisemitismus’ – zu einer Kooperation zwischen Rechtsextremisten und Islamisten kommen.“

1. Sind der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren Kontaktversuche zwischen islamistischen und rechts- bzw. linksextremistischen Gruppierungen bekannt?

- a) Wenn ja, um welche Gruppierungen handelt es sich hierbei?
- b) Wenn ja, wann wurden diese Kontaktversuche unternommen?
2. Inwiefern hat sich das Verhältnis zwischen den islamistischen und rechts-extremistischen Gruppierungen seit 2001 gewandelt?
3. Welche konkreten Kooperationen zwischen Islamisten und Rechtsextremisten innerhalb der letzten zehn Jahre sind der Bundesregierung bekannt?
4. Welche konkreten Kontaktversuche gab es zwischen Rechtsextremisten und hiesigen Anhängern der Hisbollah seit 2001?
  - a) Wann fanden diese jeweils statt?
  - b) Mit welchen Ergebnissen endeten diese Kontaktversuche?
  - c) Wie bewertet die Bundesregierung diese Ergebnisse?

Der Bundesregierung sind nur wenige einzelfallbezogene Kontaktversuche zwischen Islamisten und Rechtsextremisten bzw. Linksextremisten bekannt. Eine konkrete Zusammenarbeit der genannten Spektren lässt sich hieraus nicht ableiten. Hierfür sprechen auch die großen Differenzen bzw. die geringe Kompromissfähigkeit zwischen den einzelnen Spektren.

5. Sieht die Bundesregierung ein neues Gefahrenpotenzial für die öffentliche Sicherheit darin, dass Rechts- und Linksextremisten an Paralleldemonstrationen teilnehmen und dabei gemeinsam gegen die Staatsgewalt vorgehen, und wenn ja, aus welchem Grund, und wie gedenkt die Bundesregierung gegen diese Entwicklung vorzugehen?

Eine phänomenübergreifende Strategie, gemeinsam die Staatsgewalt in Form von bei Demonstrationen eingesetzten Polizeibeamten zu attackieren, existiert nicht.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit und die Gefahr für die öffentliche Sicherheit der gegenseitigen „Hochschaukel-Taktik“ der Rechts- und Linksextremisten?
7. Wie bewertet die Bundesregierung die Bildung der „autonomen Nationalisten“ als neuen Trend in der rechtsextremistischen Szene?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, die auf ein geplantes gemeinsames Vorgehen von Rechts- und Linksextremisten und damit auch ein daraus erwachsendes neues Gefahrenpotenzial hinweisen.

Bei den „Autonomen Nationalisten“ handelt es sich um kein neues, jedoch um ein in der Öffentlichkeit zunehmend präsent Phänomen. Gleichwohl wird die Entwicklung eines möglicherweise hieraus erwachsenen Gefährdungspotenzials weiter sorgfältig zu beobachten sein.

8. Wie schätzt die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Rechtsextremisten, Linksextremisten und Islamisten im Hinblick auf die gemeinsame Judenfeindlichkeit?
9. Welche weiteren Querschnittsthemen führen zu Verbindungen der extremistischen Lager in Deutschland?

Auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 4 wird verwiesen.